

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (10. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael
Goldmann, Dr. Christel Happach-Kasan, weiterer Abgeordneter und der Fraktion
der FDP**

– Drucksache 16/8540 –

Klimaschutz durch effiziente Landwirtschaft

A. Problem

Die Land- und Forstwirtschaft spielt als einer der Hauptbetroffenen des Klimawandels bei dessen Begrenzung eine Schlüsselrolle. Sie ist der einzige Wirtschaftsbereich, der durch seine eigentliche Produktion mit einer überproportionalen CO₂-Bindung eine positive Klimabilanz aufweist. Die jüngsten Entwicklungen lassen auch in Zukunft einen steigenden Nachfragemarkt für Agrargüter zur Nahrungsmittelproduktion bei gleichzeitiger Verknappung dieser Rohstoffe infolge des Klimawandels erwarten.

Für die Fraktion der FDP ist die Nahrungsmittelproduktion weiterhin vorrangige Aufgabe der Landwirtschaft. Sie wird sich auch in Zeiten des Klimawandels dafür einsetzen, dass die Wettbewerbsfähigkeit des Agrarstandortes Deutschland gesichert bleibt. Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben kann und sollte die heimische Landwirtschaft einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, etwa durch Einsatz nachwachsender Rohstoffe und organischer Reststoffe zur Energiegewinnung. Auch hierbei sind insbesondere Nachhaltigkeit der Produktion und größtmögliche Effizienz im Sinne des Klimaschutzes zu gewährleisten.

B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD,
DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der
Fraktion der FDP**

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/8540 abzulehnen.

Berlin, den 17. Dezember 2008

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Ulrike Höfken
Vorsitzende

Johannes Röring
Berichterstatter

Gustav Herzog
Berichterstatter

Dr. Edmund Peter Geisen
Berichterstatter

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Cornelia Behm
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Johannes Röring, Gustav Herzog, Dr. Edmund Peter Geisen, Dr. Kirsten Tackmann und Cornelia Behm

I. Verfahrensablauf

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 16/8540** in seiner 167. Sitzung am 6. Juni 2008 beraten und an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Land- und Forstwirtschaft spielt als einer der Hauptbetroffenen des Klimawandels bei dessen Begrenzung eine Schlüsselrolle. Sie ist der einzige Wirtschaftsbereich, der durch seine eigentliche Produktion mit einer überproportionalen CO₂-Bindung eine positive Klimabilanz aufweist.

Die rasant wachsende Weltbevölkerung sowie der gestiegene Lebensstandard in bevölkerungsreichen Schwellenländern lassen auch in Zukunft einen steigenden Nachfragemarkt für Agrargüter zur Nahrungsmittelproduktion erwarten. Gleichzeitig ist – bedingt durch den Klimawandel – eine weitere Verknappung dieser Rohstoffe schon jetzt absehbar.

Die deutsche Land- und Nahrungsmittelwirtschaft hat über Jahrzehnte hinweg ihre Produktionsmethoden und -qualitäten so optimiert, dass sie heute weltweit eine Spitzenposition einnimmt. Das muss so bleiben. Für die Fraktion der FDP ist die Nahrungsmittelproduktion weiterhin vorrangige Aufgabe der Landwirtschaft. Daher wird sie sich auch in Zeiten des Klimawandels dafür einsetzen, dass die Wettbewerbsfähigkeit des Agrarstandortes Deutschland gesichert bleibt.

Unter Berücksichtigung dieser Vorgaben kann und sollte die heimische Landwirtschaft einen Beitrag zum Klimaschutz leisten, etwa durch Einsatz nachwachsender Rohstoffe und organischer Reststoffe zur Energiegewinnung. Auch hierbei sind insbesondere Nachhaltigkeit der Produktion und größtmögliche Effizienz im Sinne des Klimaschutzes zu gewährleisten.

Die Bundesregierung wird daher aufgefordert, sich im Wesentlichen an folgenden Zielen, Kriterien und Vorgaben zu orientieren und diese zum Maßstab ihres politischen Handelns zu machen:

National

- Oberstes Ziel muss immer die Gewährleistung einer nachhaltigen Landwirtschaft sein, etwa durch Unterstützung innovativer Landbewirtschaftungssysteme und Ermöglichung des Anbaus von Energiehölzern in Agroforstsystemen. Dabei dienen Produktivität und Effizienz dem Klima-, Umwelt-, Verbraucher- und Naturschutz. Ferner sollte die Politik auch unter Klimagesichtspunkten konventionelle und ökologische Formen der Landwirtschaft als gleichwertig ansehen und die Konsumentenscheidung dem Verbraucher überlassen.
- Zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität und Intensität ist technischer Fortschritt beispielsweise in

Form von Betriebsmitteln wie Dünge- und Pflanzenschutzmitteln sowie von Pflanzenzüchtung (inkl. Grüner Gentechnik) unabdingbar.

- Landwirtschaftliche Rohstoffe aus der Bodenproduktion sollten möglichst ortsnahe zur Veredelung bzw. Energiegewinnung eingesetzt werden, regionale Vermarktungsstrategien müssen einen höheren Stellenwert im Bewusstsein der Menschen erhalten.

EU-Ebene

- Der sich aus dem Klimawandel ergebende Anpassungsbedarf für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der EU darf nicht als Begründung zur Ausweitung der Modulation beim sog. „Health Check“ führen. Aus Gründen der Planungssicherheit und Verlässlichkeit müssen die Direktzahlungen der Ersten Säule bis 2013 gesichert sein.
- Um Produktionserweiterung und die Reduktion von Treibhausgasemissionen zu ermöglichen, muss die obligatorische Flächenstilllegung in der EU abgeschafft werden, damit eine landwirtschaftliche Nutzung erfolgen kann.

International

- Auf internationaler Ebene gilt es, Zertifizierungssysteme für Produktions-, Verarbeitungs- und Vermarktungsstränge von Biomasse festzulegen und durchzusetzen, um Nachhaltigkeitsstandards sicherzustellen.
- Die geplante Verdopplung der nationalen Quote zur Beimischung von Biokraftstoffen in Deutschland, aber auch das EU-Ziel für Biokraftstoffe verstärken den Druck auf die Liefermärkte in tropischen Ländern und müssen korrigiert werden. Die Erhöhung der nationalen Beimischungsquote sollte – wenn überhaupt – erst als Option zur Debatte stehen, wenn funktionierende Zertifizierungssysteme aufgebaut sind.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** hat die Vorlage auf Drucksache 16/8540 in seiner 78. Sitzung am 17. Dezember 2008 beraten und empfiehlt die Ablehnung mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat die Vorlage auf Drucksache 16/8540 in seiner 93. Sitzung am 17. Dezember 2008 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** konstatierte, dass der vorliegende Antrag mit Blick auf den Klimaschutz einige Bereiche

anerkenne, etwa die klimafreundliche Rolle der Landwirtschaft, die wichtige Rolle des Pflanzenbaus und der Humusbinding sowie den weiteren Forschungsbedarf. Allerdings enthalte er in Bezug auf eine effiziente Landwirtschaft einige Punkte, die noch weiterer u. a. wissenschaftlicher Aussagen bedürften. Ferner müsse die Hochleistungslandwirtschaft auf Effizienzkriterien hin genau überprüft werden, auch wenn es bereits zahlreiche Hinweise gebe, wonach eine effiziente Landwirtschaft die beste sei. Zudem seien einige Forderungen bereits eingeleitet bzw. abgeschlossen, wie z. B. das Thema Flächenstilllegung. Insgesamt gehe der Antrag in einigen Punkten nicht weit genug, weshalb man diesen ablehne.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, die Vorstellungen der antragstellenden Fraktion über eine effiziente Landwirtschaft seien nachhaltig der falsche Weg. Die im Antrag im Zusammenhang mit Hochleistungstieren gemachte Behauptung teile man nicht, auch wenn es hierzu durchaus unterschiedliche Auffassungen gebe. Vielmehr seien Hochleistungstiere mit Blick auf ihren Lebenszyklus und ihren Anforderungen an Futter kritisch zu sehen. Ferner sei festzustellen, dass man im Zuge des Düngegesetzes die Verbesserung der Bodenqualität durch Humusanreicherung und Maßnahmen der Produktion bereits beschlossen statt lediglich unterstrichen zu haben. Zudem halte man den Einsatz Grüner Gentechnik für falsch. Begrüßenswert sei jedoch u. a. die Hervorhebung regionaler Vermarktungsstrategien. Dennoch lehne man den Antrag insgesamt ab.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, die immer dramatischer werdenden Hungerkrisen, die rasant wachsende Weltbevölkerung, der zunehmende Bedarf an Bioenergie und die Erfordernisse des Klimaschutzes erforderten bei der Landbewirtschaftung umgehend deutliche politische Zielsetzungen. Benötigt werde eine nachhaltige und höchst effiziente Landwirtschaft, z. B. auch durch den Einsatz Grüner Gentechnik, insbesondere in bereits dafür geeigneten Bereichen. Diese ermögliche u. a. eine nachhaltige und ausreichende Nahrungsmittelproduktion und leiste gleichzeitig einen Beitrag zur Nutzung von Bioenergie. Der vorliegende Antrag gebe hierzu zahlreiche Hinweise und zeige das vorhandene Potenzial auf. Ferner gelte es, weltweit die Devise Aufforstung vor Abholzung bei gleichzeitigem Erhalt des Dauergrünlandes zu beachten. Dadurch könne der höchste und beste Beitrag zur Absenkung des CO₂-Gehalts und damit zum Klimaschutz geleistet werden. Zudem biete eine effiziente Land-

wirtschaft wesentlich höhere Klimachancen als eine rein ökologisch ausgerichtete.

Die **Fraktion DIE LINKE** stellte fest, die Debatte über die Verantwortung der Landwirtschaft im Bereich Klimaschutz, etwa die Ökobilanzierung, müsse weitergeführt werden. Das im vorliegenden Antrag zum Ausdruck gebrachte Anliegen sei durchaus unterstützenswert und eine Reihe von Vorschlägen bewerte man auch positiv. Insgesamt jedoch greife dieser zu kurz bzw. gehe in die falsche Richtung. Deshalb lehne man den Antrag insgesamt ab. So solle etwa bei den Hochleistungstieren deren Langlebigkeit und Gesundheit mehr im Vordergrund stehen. Ferner weise eine Intensivierung der Landwirtschaft zahlreiche negative Aspekte auf, wobei eine ausschließliche Extensivierung auch nicht angebracht sei. Daher sei eine deutliche Differenzierung der Debatte erforderlich. Der Einsatz von Agrotechnik werde ebenfalls nicht befürwortet. Die Novellierung des Bundeswaldgesetzes unterstütze man ausdrücklich. In diesem Bereich erschienen Lösungen, etwa Eröffnung von Agroforstsystemen, dringend geboten. Mit Blick auf die internationalen negativen Auswirkungen von Agrotreibstoffen fordere man ein Aussetzen der Zwangsbeimischung, die Rücknahme der Besteuerung sowie ein Moratorium für deren Import.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, das entscheidende bei dem vorliegenden Antrag sei, dass die antragstellende Fraktion, wie z. B. auch der Deutsche Bauernverband, von einer positiven Klimabilanz der Landwirtschaft spreche. Allerdings setze die Landbewirtschaftung nachweislich einen großen Teil des im Boden und in Biomasse gebundenen CO₂ frei. Auch gehe die Bundesregierung davon aus, dass die Landwirtschaft rund 11 Prozent zu den klimarelevanten Emissionen in Deutschland beitrage. Ferner favorisiere der Antrag sowohl die Industrialisierung der Landwirtschaft als auch die Gentechnik. Zudem sei bedauerlich, dass es nach wie vor Vorurteile gegenüber der ökologischen Landwirtschaft gebe. Auch bei den Zertifizierungssystemen gehe der Antrag von zahlreichen falschen Voraussetzungen aus. Daher lehne man diesen ab. Allerdings weise er auch positive Ansätze auf, etwa Erhalt von Dauerkulturen und Förderung der Humusanreicherung.

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, den Antrag auf Drucksache 16/8540 abzulehnen.

Berlin, den 17. Dezember 2008

Johannes Röring
Berichterstatter

Gustav Herzog
Berichterstatter

Dr. Edmund Peter Geisen
Berichterstatter

Dr. Kirsten Tackmann
Berichterstatterin

Cornelia Behm
Berichterstatterin